

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Michael Kretschmer
als Ministerpräsident
gewählt und vereidigt



Seite 12:
Freiwilliges Ehrenamt
als Bereicherung
Sachsens gewürdigt



Seite 14:
Jugendgeschichte
verbindet Vergangenheit
und Gegenwart

Ausgabe
9.17



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die beiden Plenartage im Dezember waren ein würdiger Jahresendspurt für unser Landesparlament. Die beratenen und zum Teil verabschiedeten Gesetzentwürfe, darunter das Zweite Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts, können sich sehen lassen. Wer wissen wollte, was Landesparlamentarismus leistet, der konnte sich vor Weihnachten davon im Sächsischen Landtag überzeugen.

Höhepunkt war sicherlich die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten. Es ist in unserer Demokratie das gute Recht eines Regierungschefs, den Amtsverzicht zu erklären. Es ist dann die vornehme Pflicht des Landtags, einen Nachfolger im Amt zu wählen. Mit der Wahl von Michael Kretschmer zum neuen Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen hat unser Landtag eine seiner wichtigsten Aufgaben wahrgenommen und mit seiner Regierungsmehrheit für politische Stabilität im Land gesorgt.

Ich habe zu Beginn der Landtagssitzung am 13. Dezember Stanislaw Tillich dafür gedankt, dass er über neun Jahre lang die Geschicke des Freistaates Sachsen mit viel Fachkompetenz und einem großen Herzen für unsere sächsische Heimat gelenkt hat. Er hat Sachsen als Ministerpräsident auf Bundesebene und auf der internationalen Bühne souverän als das repräsentiert, was es heute ist – ein starkes und innovatives Land im Herzen Europas.

Dennoch bleibt auch Sachsen von schlechten Nachrichten nicht verschont, wie die angekündigte Schließung der Siemens-Standorte in Leipzig und Görlitz zeigt. In einer Aktuellen Debatte im Landtag äußerten die Redner der Fraktionen ihr Unverständnis über das Vorgehen des Konzerns, das mit unternehmerischer Verantwortung in einer sozialen Marktwirtschaft nichts zu tun hat. Insbesondere für die Lausitz hätte diese Entscheidung dramatische Folgen. Wir werden gerade auch als Parlamentarier mit allen unseren Mitteln für den Erhalt der Siemens-Standorte kämpfen.

Wie die Debatte über die neue Studie zu den Befindlichkeiten der Sachsen (Sachsen-Monitor 2017) erkennen ließ, sind es u. a. solche Erlebnisse, derentwegen die Bürger den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts befürchten. Und das, obwohl doch unser Freistaat so lebenswert ist. Das sieht übrigens die große Mehrheit der Sachsen genauso, was mich dann wiederum positiv stimmt.

Matthias Röbler
 Dr. Matthias Röbler
 Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

64. Sitzung des Sächsischen Landtags
Michael Kretschmer zum Ministerpräsidenten gewählt 4

64. Sitzung des Sächsischen Landtags
Hintergrundinformationen zur Wahl des Ministerpräsidenten 6

64. Sitzung des Sächsischen Landtags
Siemens-Standorte sichern
 CDU und SPD: Industriestandorte Görlitz und Leipzig
 in eine sichere Zukunft führen! 7

64. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wohnungslose in Sachsen
 DIE LINKE: Opfer von Kälte, Gewalt und
 staatlichem Desinteresse 8

65. Sitzung des Sächsischen Landtags
Was denken die Sachsen?
 CDU und SPD: Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors 9

65. Sitzung des Sächsischen Landtags
So viel Sicherheit in der Weihnachtszeit
 AfD fragt: Wie sicher sind Sachsens Straßen und Plätze? 10

AKTUELLES

Politik sagt Danke
 Empfang: Ehrenamtlich engagierte Bürger
 im Landtag geehrt 12

Wer Integration gestaltet, gewinnt
 Verleihung des Sächsischen Integrationspreises 2017 13

Wunderschönes Saarland
 Ehemalige Abgeordnete bei Schwesternvereinigung 18

JUGEND

Spannende Geschichten gibt es überall
 13. Jugendtag am 23. und 24. November 2017
 im Sächsischen Landtag 14

EIN TAG MIT ...

»Heimat – Wurzel und Perspektive zugleich«
 Ein Tag mit Sebastian Fischer, Vorsitzender des
 Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft 16

AUSSTELLUNG

500 Jahre Reformation. Sachsen · Oberlausitz · Schlesien 20

GESCHICHTE

»aus unmittelbarem Miterleben«
 Eine liberale und eine sozialdemokratische
 Lesart der Landtagsgeschichte 1850–1900 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titel: Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler und
 Ministerpräsident Michael Kretschmer // Foto: S. Giersch



Landtag wählt neuen Ministerpräsidenten

Foto: S. Giersch

// Michael Kretschmer wurde zu Beginn der 64. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. Dezember 2017 zum neuen Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewählt. In gleicher Sitzung wurde in einer Aktuellen Debatte über die Sicherung der Siemens-Standorte in Leipzig und Görlitz diskutiert. Weiterhin debattierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktion DIE LINKE über die Situation von Wohnungslosen in Sachsen. In der 65. Sitzung am 14. Dezember 2017 wurden auf Antrag von CDU und SPD die Ergebnisse des neuen Sachsen-Monitors analysiert und die AfD-Fraktion brachte eine Aktuelle Debatte zum Thema Sicherheit in Sachsen während der Weihnachtszeit in das Plenum ein. //



PLENUM

64. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Michael Kretschmer zum Ministerpräsidenten gewählt

Uwe Nösner

// Zu Beginn der 64. Sitzung des Sächsischen Landtags wurde Michael Kretschmer zum neuen Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewählt. Kretschmer tritt damit die Nachfolge von Stanislaw Tillich an. Dieser hatte im Oktober 2017, nur wenige Wochen nach der Bundestagswahl, seinen Rücktritt angekündigt und den langjährigen Generalsekretär der sächsischen Christdemokraten für die Ämter des Regierungschefs und CDU-Parteivorsitzenden vorgeschlagen. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller würdigte Tillichs im zurückliegenden Jahrzehnt erbrachte Leistungen für Sachsen. Lesen Sie auch die Hintergrundinformationen auf Seite 6. //



Michael Kretschmer hat am 13. Dezember 2017 bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Sächsischen Landtags erhalten, indem er mit 69 von 122 möglichen Stimmen gewählt wurde. Nach Auszählung erwiesen sich zudem drei Stimmschein als ungültig. Der Stimme enthalten haben sich zwei Abgeordnete. Mit Nein haben 48 Abgeordnete gestimmt.

Feierliche Vereidigung

Dr. Matthias Röbller dankte dem neuen Ministerpräsidenten für die Annahme der Wahl, beglückwünschte ihn im Namen der Abgeordneten des Sächsischen Landtags und wünschte ihm in seinem verantwortungsvollen Amt Erfolg und Gottes Segen. Danach wurde der Ministerpräsident durch den Landtagspräsidenten vereidigt.

PLENUM

Dank an Abgeordnete

Nachfolgend gratulierten u. a. Stanislaw Tillich, Martin Dulig sowie die Vorsitzenden der im Landtag vertretenen Fraktionen dem neuen Ministerpräsidenten zu seiner Wahl. Kretschmer dankte seinerseits für das Vertrauen und versicherte, all seine Kraft in den Dienst des Landes und seiner Menschen zu stellen. Die sächsische Politik habe es in der Hand, den Freistaat Sachsen freundlich, weltoffen, lebenswert und zukunftsorientiert zu gestalten. Über vieles davon werde im Sächsischen Landtag entschieden.

Ministerpräsident aller Sachsen

Es gebe, so der Ministerpräsident, große Unterschiede zwischen den Parteien, Fraktionen und Abgeordneten. Entscheidend sei aber, dass sich alle in den Dienst der Sache stellten und das Primat das Wohl des Landes und der Menschen sei. Man solle eine Kultur des Streitens und der Auseinandersetzung pflegen, hart, aber nicht verletzend, friedlich und sachlich. Er wolle auch all jenen die Hand reichen, die ihn aus welchen Gründen auch immer nicht gewählt hätten, und ein Ministerpräsident für alle Sachsen sein.

// Vereidigung durch den Landtagspräsidenten



// Staatsminister Martin Dulig gratuliert dem neuen Ministerpräsidenten



Michael Kretschmer

geboren am 7. Mai 1975 in Görlitz, evangelisch, 2 Kinder

- 1981 – 1991 Schulbesuch der Erich-Weinert-Oberschule in Görlitz-Weinhübel
- 1991 – 1995 Ausbildung zum Büroinformationselektroniker
- 1997 – 1998 Fachhochschulreife
- 1998 – 2002 Studium an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden (FH), Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen
- 1994 – 1999 Stadtrat der Kreisfreien Stadt Görlitz
- 1993 – 2002 Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien (1995 – 2001 Landesschatzmeister)
- seit 2003 Mitglied im Landesvorstand der sächsischen CDU; Mitglied im Landesfachausschuss Wirtschaft der sächsischen CDU; Mitglied im Arbeitskreis Wirtschaft der CDU-Landtagsfraktion
- 2002 – 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages
- seit 2005 Generalsekretär der sächsischen CDU
- seit 2008 Mitglied der CDU-Fraktion im Kreistag des Landkreises Görlitz
- 2009 – 2017 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung, Forschung, Kunst, Kultur und Medien; Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung; Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- 2013 – 2017 Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Stellvertretendes Mitglied im Vermittlungsausschuss



PLENUM

<https://www.youtube.com/watch?v=IUMXKQMX-mw>

Hintergrundinformationen zur Wahl des Ministerpräsidenten

64. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

// Den ersten Tagesordnungspunkt und zugleich auch Höhepunkt der 64. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. Dezember 2017 bildete die Wahl des Ministerpräsidenten. Lesen Sie dazu die Beiträge auf den Seiten 4 und 5. Nachfolgend werden Sie über die verfassungsmäßigen Grundlagen der Wahl eines sächsischen Ministerpräsidenten sowie über seine grundsätzlichen Aufgaben informiert. //

Der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.

Artikel 60, Absatz 1 der Sächsischen Verfassung

Die Wahl des Ministerpräsidenten ist erforderlich zu Beginn einer jeden Legislaturperiode und nach jeder anderen Erledigung dieses Amtes. Letzteres ist zum Beispiel bei dessen Rücktritt der Fall, der jederzeit erklärt werden kann. Ein solcher Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten während einer Wahlperiode hat sich im Freistaat Sachsen erstmals ereignet, als Prof. Dr. Kurt Biedenkopf im April 2002 zurücktrat und der Sächsische Landtag Prof. Dr. Georg Milbradt zu dessen Nachfolger wählte. Das zweite Mal war dies der Fall, als Milbradt im April 2008 seinerseits die Amtsübergabe ankündigte und Stanislaw Tillich seine Nachfolge antrat.

Spitzenkandidat wird Ministerpräsident

In der Regel ist jedoch nach dem Wahlkampf und der Landtagswahl die Wahl des Ministerpräsidenten der letzte Schritt, um dem politischen System des Landes aufs Neue Handlungsfähigkeit zu verleihen. Die jeweiligen Spitzenkandidaten der Parteien, die sich mehr oder minder aussichtsreich um das Amt des Ministerpräsidenten bewerben, sind auf Parteitagen gewählt worden. Nach dem Wahltag stand der Name des neuen Ministerpräsidenten in Sachsen bislang immer schon fest. Es war der Spitzenkandidat jener Partei, die die meisten Wählerstimmen errungen hatte.

Quelle: Gey, Th./Schöne, H., So arbeitet der Sächsische Landtag, Rheinbreitbach 2011

Die Wähler entscheiden mit

Im Falle einer Koalitionsregierung, wie sie seit Beginn der 6. Wahlperiode im Freistaat Sachsen zwischen CDU und SPD besteht, ist es der Spitzenkandidat des größeren Koalitionspartners. Der Spitzenkandidat der kleineren Koalitionsfraktion positioniert sich innerhalb der Staatsregierung als Minister und stellvertretender Ministerpräsident. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten vollzieht der Sächsische Landtag somit die Entscheidung nach, zu der er von den Wählern aufgefordert worden ist.

Aufgaben des Ministerpräsidenten

Ist der Ministerpräsident gewählt, so bestimmt er als Regierungschef die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür die Verantwortung. Er leitet die Geschäfte der Staatsregierung und repräsentiert das Land nach außen. Er ernennt und entlässt nicht allein die Staatsminister und Staatssekretäre, sondern auch die Beamten und Richter des Freistaates. Und schließlich verkündet der Ministerpräsident nach abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren und der Gesetzesausfertigung durch den Landtagspräsidenten die in Sachsen geltenden Gesetze.

PLENUM

Uwe Nösner

Siemens-Standorte sichern

CDU und SPD: Industriestandorte Görlitz und Leipzig in eine sichere Zukunft führen!

// Unter dem Titel »Siemens-Standorte sichern; Industriestandorte Görlitz und Leipzig in eine sichere Zukunft führen!« beantragten CDU und SPD eine Aktuelle Debatte, die am 13. Dezember 2017 auf der Tagesordnung der 64. Sitzung des Landtags gestanden hat. Den Hintergrund bildeten die Schließungspläne des Unternehmens. //



// Michael Kretschmer // Fotos: S. Giersch

64. Sitzung des Sächsischen Landtags

Ministerpräsident Michael Kretschmer ergriff als Erster das Wort und bezeichnete die von Siemens angekündigten Werksschließungen in Görlitz und Leipzig als inakzeptabel. Seine Regierung werde mit der Siemens-Unternehmensleitung über die eigentlichen Hintergründe der Schließungspläne in ein intensives Gespräch treten. Fachkräfte seien heute unsere wertvollste Ressource und unser wichtigstes Gut. Das Vorgehen von Siemens werde sich der Freistaat nicht bieten lassen. Auch seine Fraktion, so Octavian Ursu, CDU, erwarte statt der geplanten Werksschließungen alternative, zukunftsfähige und fachkompetente Konzepte seitens des Konzerns. Es müsse bei Siemens auch fähigere Manager geben als jene, die wirtschaftlich fragwürdige Lösungen wie Standortschließungen vorgeschlagen hätten. Er appellierte an

Siemens-Chef Joe Kaeser, zur historisch gewachsenen gesellschaftlichen Verantwortung des Konzerns zurückzukehren.

Standorte erhalten

Thomas Baum, SPD, verwies vor allem auf die Auswirkungen der Schließung des Görlitzer Werkes auf die ohnehin strukturschwache Oberlausitz. Seine Fraktion werde sich daher für eine Stärkung der dortigen Infrastruktur in allen Bereichen einsetzen. Sie unterstütze von den Betriebsräten über die Gewerkschaften bis hin zu den Regierungen von Bund und Land zudem alle, die gemeinsam nach einer Lösung suchten, um die betroffenen Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten. Nico Brünler, DIE LINKE, warf Siemens vor, dass dem Unter-

nehmen jedes Verantwortungsgefühl fehle, wenn ausgelastete Werke geschlossen würden. Seine Fraktion stehe auf der Seite aller von Entlassung bedrohten Siemens-Beschäftigten. In den letzten vier Jahren habe der Konzern allein aus Bundesmitteln Aufträge und Förderzusagen in Höhe von etwa 275 Millionen Euro beansprucht. Dazu seien Exportgarantien in Höhe von sage und schreibe fast 5,1 Milliarden Euro gekommen.

Industriefeindliche Politik

Jörg Urban, AfD, warf der Staatsregierung vor, politischen Druck insbesondere gegenüber den sächsischen Arbeitsplätzen aufzubauen. Die industriefeindliche Wirtschaftspolitik von CDU und SPD führe perspektivisch zur Deindustrialisierung Sachsens. Sie führe zu Unternehmensentscheidungen, wie sie gestern Vattenfall und heute Siemens getroffen hätten. Die Koalition solle jetzt nicht versuchen, den Schwarzen Peter der sozialen Verantwortung den Unternehmen zuzuschieben.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, gab schließlich zu bedenken, dass Siemens gesellschaftliches Engagement als integralen Bestandteil seiner Unternehmensstrategie bezeichne. Nachhaltigkeit bedeute für das Unternehmen, verantwortungsvoll zu sein im Umgang mit den Mitarbeitern, dem sozialen Umfeld und den natürlichen Ressourcen. An diesen selbst gesetzten Maßstäben müsse sich das Handeln des Siemens-Managements auch in Görlitz und Leipzig messen lassen.



Wohnungslose in Sachsen

DIE LINKE: Opfer von Kälte, Gewalt und staatlichem Desinteresse



64. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Susanne Schaper // Foto: S. Giersch

In Sachsen, so Susanne Schaper, DIE LINKE, seien inzwischen mehr als 3500 Menschen in Wohnungsnot, darunter mehr als 500 Kinder. Die Staatsregierung dürfe sich weder auf den Engagement anderer ausruhen noch das Problem auf die Kommunen abwälzen. Sie müsse mehr für den sozialen Wohnungsbau tun und auf Bundesebene dafür streiten, dass das Sanktionsregime bei Hartz-IV-Betroffenen abgeschafft werde. Seit 1991 seien in Deutschland fast 300 Wohnungslose erfroren. Auch Oliver Wehner, CDU, ging auf den wohnungspolitischen Aspekt ein. Hier verfüge der Freistaat über mehrere Förderrichtlinien, beispielsweise zum gebundenen Mietwohnraum. Aufgrund dieser Richtlinien würden von 2016 bis 2019 140 Millionen Euro für geförderten Wohnraum zur Verfügung gestellt. Das seien über 4000 mietpreisgebundene Wohnungen. Der Staat helfe, wo Hilfe notwendig sei, wobei das erklärte Ziel seiner Fraktion die Hilfe zur Selbsthilfe bilde.

Sozialarbeit stärken

Dagmar Neukirch, SPD, betonte, dass sie insbesondere in Bezug auf die Sozialarbeit stets für drei Maßnahmen werbe, die auch im

// Die Sozialpolitik bildete den zweiten Schwerpunkt der Aktuellen Stunde der 64. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. Dezember 2017. Die Debatte trug den Titel »Wohnungslose in Sachsen – Opfer von Kälte, Gewalt und staatlichem Desinteresse« und wurde von der Fraktion DIE LINKE beantragt. //

Koalitionsvertrag enthalten seien. Dabei handle es sich 1. um die Wiedereinführung einer landesweiten Statistik auch im Rahmen der Sozialberichterstattung, 2. um die Erarbeitung eines Leitbildes für einen aktiven und präventiven Sozialstaat und 3. um bessere Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit in Sachsen. Carsten Hütter, AfD, wiederum ging den Gründen für die sich zuspitzende Wohnungslosigkeit nach. Als solche seien der Mangel an preiswertem Wohnraum in den Ballungsräumen und die Zunahme der Zahl von Asylbewerbern und Zuwanderern zu benennen. Die Forderungen der LINKEN zur Flüchtlingsaufnahme und zum Familiennachzug verschärften dieses Problem weiter. Geschätzt seien 50 Prozent der Wohnungslosen in Deutschland anerkannte Flüchtlinge. Auf der anderen Seite seien 50 Prozent der Sozialwohnungen fehlbelegt.

Jobcenter sensibilisieren

Sachsen, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, brauche ein Landesprogramm Sozialer Wohnungsbau, das Kommunen beim Bau von bezahlbarem Wohnraum unterstütze. Die Förderrichtlinie von 2016 setze in Leipzig und Dresden kaum Anreize dafür. Sachsen brauche aber auch generationsübergreifende Quartierentwicklung. Darüber hinaus müssten die Jobcenter sensibilisiert werden, keine Sanktionen zu verhängen, die am Ende zum Verlust der eigenen vier Wände führten.

Abschließend betonte Sozialministerin Barbara Klepsch, dass sich die Sächsische Staatsregierung bezüglich des Problems der Obdachlosigkeit nicht zurücklehnen werde. Der Freistaat müsse verlässliche Finanzen zur Verfügung stellen, damit die kommunalen Träger ihren Aufgaben nachgehen könnten. Aber es würden auch differenzierte Zahlen und Erhebungen gebraucht, um den Ursachen von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnotfällen nachgehen zu können.



www.landtag.sachsen.de



Was denken die Sachsen?

CDU und SPD: Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors

65. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Floss

// Auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD stand am 14. Dezember 2017 unter dem Titel »Was denken die Sachsen? – Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors« eine Aktuelle Debatte auf der Tagesordnung der 65. Sitzung des Landtags. Die unlängst veröffentlichte Befragung hatte erneut ein Stimmungsbild der Bürger des Freistaates vermittelt. //

Sebastian Fischer, CDU, bezeichnete pauschale Behauptungen, die Sachsen seien ausländerfeindlich und rechtsextremistisch, angesichts der Umfrageergebnisse als nachweislich falsch. Bedenklich sei das Desinteresse gegenüber der Demokratie. Deshalb halte er es für notwendig, mit Andersdenkenden ins Gespräch zu kommen und sie nicht pauschal zu verdammen. Je weiter eine politische Institution von den Menschen entfernt sei, desto weltfremder werde sie wahrgenommen. Die Sachsen, so Henning Homann, SPD, attestierten dem Freistaat im Ergebnis des Sachsen-Monitors ein Gerechtigkeitsproblem. Nur 22 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter sagten, dass sie ihren gerechten Anteil bekämen, und 62 Prozent von ihnen bezeichneten die Chancen für einen sozialen Aufstieg als schlecht. Es brauche eine Gerechtigkeitsdebatte in Sachsen, um die soziale Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, und die Stärkung der Sozialpartnerschaft als Ziel sächsischer Politik.

Politische Resignation

Für ihre Fraktion, so Kerstin Köditz, DIE LINKE, zeige dieser Sachsen-Monitor dreierlei. Erstens gehe die soziale Schere auseinander, zweitens greife politische Resignation um sich, drittens offenbare sich extrem rechtes Denken auf alarmierend hohem Niveau. Diese drei Dinge lasteten schwer auf der politischen Kultur im Freistaat Sachsen. Die Aussage des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD, eine zielgenaue Demokratietarbeit zu leisten, sei offensichtlich verfehlt worden. Jörg Urban, AfD, wiederum bewertete die Umfrageergebnisse als einen Beleg dafür, dass auch Sachsen aufgrund gestiegener Ausländerkriminalität nicht mehr sicher sei. Das wüssten die sächsischen Bürger sehr genau. Sie wollten keine Politik, die Menschen mit völlig fremden Vorstellungen von Recht, Kultur und Moral in den Freistaat hole. Die Sachsen seien weder fremdenfeindlich noch rechts-extremistisch oder rassistisch. Sie seien

realistisch. Das und nichts anderes spiegele der Sachsen-Monitor wider.

Ungerechte Behandlung

Die Sachsen, so Katja Meier, GRÜNE, fühlten sich in ihrer Identität als Ostdeutsche ungerecht behandelt. Trotz des positiven Blicks in die Zukunft hätten sie Angst vor sozialem Abstieg und bezögen sich daraufhin wieder positiv auf die DDR. Nur noch 36 Prozent der Befragten meinten, dass diese ein Unrechtsstaat gewesen sei. Das lasse bei ihr die Alarmglocken ganz laut läuten. Die CDU habe die Zivilgesellschaft offenbar nicht verstanden, wenn sie ihr permanent misstraue, anstatt sie zu fördern.

Die sächsische Landespolitik, so Dr. Fritz Jaekel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, abschließend, dürfe nicht nachlassen in ihrem Bemühen, gegen Extremismus aufzustehen und ihn zurückzudrängen. Es gehe darum, auch die demokratiekritischen Bürgerinnen und Bürger für die plurale, freiheitliche und demokratische Ordnung zurückzugewinnen. Die im letzten Jahr begonnenen Bürgerdialoge würden deshalb 2018 fortgesetzt.



// Sebastian Wippel, Christian Hartmann, Enrico Stange, Albrecht Pallas, Valentin Lippmann // Fotos: S. Floss

Uwe Nösner

So viel Sicherheit in der Weihnachtszeit

AfD fragt: Wie sicher sind Sachsens Straßen und Plätze?

// Auf Antrag der Fraktion AfD debattierte der Sächsische Landtag in seiner 65. Sitzung am 14. Dezember 2017 über das Thema »So viel Sicherheit in der Weihnachtszeit – Wie sicher sind Sachsens Straßen und Plätze?«. //

Die Straßen- und Raubkriminalität, so Sebastian Wippel, AfD, habe in Sachsen von 2013 bis 2016 zugenommen. Nachdenklich stimme ihn der hohe Ausländeranteil. Bei 8 252 Gewalttaten seien in 44 Prozent der Fälle Ausländer die Tatverdächtigen gewesen. Bei den Tätern, die Waffen verwendet hätten, habe der Ausländeranteil in den letzten drei Jahren bei 79 Prozent gelegen. Ausländische Straftäter müssten deshalb konsequent abgeschoben werden. Seinem Vorredner hielt Christian Hartmann, CDU, entgegen, dass die AfD permanent darum bemüht sei, Ängste zu schüren und Bilder zu malen, die nichts mit der Realität zu tun

hätten. Was konkret die Weihnachtsmärkte in Sachsen betreffe, so sei bereits in den letzten Jahren mehr Sicherheit geschaffen worden, sodass sich die Bürgerinnen und Bürger auch dort sicher fühlen könnten.

Eindimensionale Debatte

Enrico Stange, DIE LINKE, warf der AfD vor, ausgewählte Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik zu benutzen, um eine eindimensionale Sicherheitsdebatte zu führen. Die Frage, was tatsächlich zu tun wäre, um die öffentliche Sicherheit der Menschen dauerhaft zu gewährleisten, werde dagegen nicht einmal ansatzhalber gestellt. Albrecht Pallas, SPD, wiederum bewertete die Aktuelle Debatte als neuerlichen Versuch der AfD, an das Unsicherheitsgefühl und die Ängste in der Bevölkerung zu appellieren und diese zu verstärken. Politik und Medien sollten aber keine Panikmache betreiben, sondern vielmehr darüber informieren, dass die Kommunen, die Marktbetreiber und die örtlichen Polizeikräfte durch Sicherheitskonzepte die richtigen Lehren aus Terroranschlägen gezogen hätten.

Ein sicheres Land

Die AfD, so Valentin Lippmann, GRÜNE, sollte zur Kenntnis nehmen, dass es in diesem Land Menschen gebe, die sich heutzutage mehr von Gewalt durch Neonazis als durch islamistischen Terror bedroht fühlten. Schlussendlich aber sei Deutschland ein sicheres Land. In den letzten Jahren sei vieles dafür getan worden, die Sicherheit zu erhöhen, auch wenn es 100-prozentige Sicherheit nicht geben könne.

Abschließend betonte auch Markus Ulbig, Sächsischer Staatsminister des Innern, dass er mit Blick auf die Innere Sicherheit keinen Grund zur Panikmache sehe. Den Sicherheitsbehörden im Freistaat Sachsen lägen keine Erkenntnisse vor, aus denen sich eine konkrete Gefährdung speziell für Weihnachtsmärkte ableiten lasse. Was die Kriminalitätsentwicklung 2017 betreffe, so sei sogar mit einer sinkenden Gesamtzahl von Straftaten zu rechnen. Auch die Straßenkriminalität habe sich verringert.



www.landtag.sachsen.de

AKTUELLES



Ehrenamt und Integration im Fokus

// Am 2. Dezember 2017 haben Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Sozialministerin Barbara Klepsch im Sächsischen Landtag 55 Bürgerinnen und Bürger für ihr ehrenamtliches Engagement im Freistaat ausgezeichnet. Am 17. Dezember 2017 wurde durch die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, und den Sächsischen Ausländerbeauftragten, Geert Mackenroth, der Sächsische Integrationspreis 2017 im Plenarsaal verliehen. //

Foto: A. Schneider



AKTUELLES

Die Redaktion

Politik sagt Danke

Empfang: Ehrenamtlich engagierte Bürger im Landtag geehrt

// 55 Männer und Frauen sind am 2. Dezember 2017 im Sächsischen Landtag geehrt worden. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Sozialministerin Barbara Klepsch hatten die engagierten Sachsen zu einem Empfang nach Dresden eingeladen, um ihnen für ihren ehrenamtlichen Einsatz öffentlich Danke zu sagen. //

// Dr. Matthias Röbner, Erika Gärtner, Barbara Klepsch // Fotos: G. Moreno

Im Plenarsaal würdigten die beiden Politiker Bürger, die sich in hervorzuhebender Weise im sozialen und karitativen Bereich verdient gemacht haben: Sie organisieren z. B. die Bergrettung, geben Kindertanzkurse und kümmern sich um den Geierswalder See, bedrohte Bücher oder prähistorische Kultstätten.

Dr. Matthias Röbner: »Sie verdienen Anerkennung der Gesellschaft.«

»Ich freue mich, dass wir auch in diesem Jahr wieder so viele stille Helfer auszeichnen können: Das sind Menschen, die nicht darauf warten, dass sie der Staat oder ein Arbeitgeber beauftragt, sondern die selbst anpacken und unser Sachsen ein bisschen besser machen«, würdigte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner das Engagement der fleißigen Sachsen. »Sie verdienen die Anerkennung der Gesellschaft für ihren oft zeitauf-

wendigen und mühevollen Einsatz – und diese bringen wir mit diesem gemeinsamen Empfang im Landtag zum Ausdruck.«

Ein funktionierender Staat sei Aufgabe der Politik, aber besonders lebenswert werde ein Land, wenn sich viele Menschen ehrenamtlich engagierten. »Sie fördern Talente, helfen benachteiligten Menschen oder machen zusätzliche Angebote für Jugendliche ebenso wie für Senioren«, zeigte sich Röbner beeindruckt von der Vielfalt des Ehrenamtes in Sachsen.

Barbara Klepsch: »Grundlage unseres Zusammenlebens«

Vier von zehn Sachsen über 14 Jahren helfen in ihrer Freizeit freiwillig. Der Freistaat fördert dies mit ca. zehn Millionen Euro jährlich. Sachsens Sozialministerin Barbara Klepsch bezeichnete das Ehrenamt als »eine der wichtigsten Grundlagen unseres Zusammen-

lebens überhaupt«. Es belege, dass unser Gemeinwesen lebendig sei. Mit Blick auf die 24 Frauen und 31 Männer, die stellvertretend für die vielen Ehrenamtlichen im Freistaat zum diesjährigen Empfang eingeladen worden waren, sagte die Staatsministerin: »Sie gestalten mit Ihrem Engagement unsere Welt mit, verbessern, verändern und prägen sie.«

Als symbolische Zeichen des Dankes überreichten der Landtagspräsident und die Staatsministerin allen Geehrten eine Urkunde und eine Rose – im Fall der 81-jährigen Erika Gärtner, die bis heute die Theatergruppe der Grundschule in Cossebaude unterstützt, war es eine ganz besondere Freude für den Hausherrn: Er hatte bei der ehemaligen Lehrerin einst selbst das Lesen und Schreiben gelernt.



www.ehrenamt.sachsen.de



AKTUELLES

// Am 17. November verliehen die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping und der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth den Sächsischen Integrationspreis 2017. Mit den Preisen wurden Initiativen gewürdigt, die sich in herausragendem Maße für die Integration von Migranten und Geflüchteten in unsere Gesellschaft in Sachsen einsetzen. //

Fotos: A. Schneider

Markus Guffler

Wer Integration gestaltet, gewinnt

Verleihung des Sächsischen Integrationspreises 2017



Migranten in hiesige Strukturen einzubinden. Im Hinblick auf die innovativen Angebote sagte er: »Sie erkennen und schließen Lücken, die wir in der Politik noch nicht oder nur teilweise schließen können«. Auch Holger Lange, einer der Juroren des diesjährigen Wettbewerbes, zeigte sich sehr zufrieden mit der Auswahl der Preisträger: »Sie standen zwar nicht alle auf meinem Zettel, aber es gewannen drei Projekte, die auf ganz unterschiedlichen Feldern vorbildlich sind.«

Den Integrationspreis gibt es bereits seit 2009. Dabei ist erkennbar, dass sich die Initiativen den veränderten Bedingungen und Anforderungen mit neuen Ideen und strategischen Konzepten anpassen. Besondere Anstrengungen erfordern die Hilfen bei der Eingliederung in Schule und Ausbildung, in den Arbeitsmarkt und die Befähigung zur Eigenständigkeit.

Neben der eigentlichen Ehrung der Gewinner betonten die Gäste der Veranstaltung ausdrücklich, wie wichtig ihnen die öffentliche Wertschätzung und Dokumentation ihrer ehrenamtlichen Arbeit sind. Die jährliche Preisverleihung entwickelt sich so zu einer Art Branchentreff unter den Initiativen und Projektgruppen. Es wird geschaut, getauscht und im besten Sinne nachgenutzt. Mitstifter Geert Mackenroth hob in seinem Grußwort hervor, dass einige Träger ihre Projekte nach dem anfänglichen Betreuen zielgerichtet entwickeln, um

Motto »Integration gestalten. Zusammen gewinnen«	
Stifter:	Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping; Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth
Schirmherr:	Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner
Preisgeld:	3 x 2.000 €
Bewerbungszeitraum:	August / September 2017
Eingereichte Projekte und Initiativen:	71
Jury:	Geert Mackenroth (SAB), Sebastian Vogel (GB SMGI), Youmna Fouad (Marwa El-Sherbini Stipentiatin), Margaux Paulin-Steiger, Elsbeth Pohl-Roux, Holger Lange (Preisträger 2016)

Preisträger	
Stadt Kirchberg – bildet eine dauerhafte Integrationskette für Geflüchtete, um eine Betreuung von der Ankunft bis zur Eigenständigkeit zu organisieren.	
WätaS Wärmetauscher Sachsen GmbH, Olbernhau – hat seit 2016 insgesamt 28 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund fest und unbefristet angestellt und betreut diese.	
Upgrade – Verein für Bildungsangleichung e. V., Leipzig – organisiert sprachsensibel individualisierte Nachhilfe und schließt Lücken, damit Schulabschlüsse möglich werden.	

Spannende Geschichte(n)

Katja Ciesluk

// Zum 13. Mal trafen sich junge Spurensucher aus ganz Sachsen Ende November im Sächsischen Landtag und präsentierten interessante und vielfältige Lokalgeschichten aus ihren Regionen. »Ihr habt euch mit der Leidenschaft von Historikern auf den Weg gemacht und viele weithin in Vergessenheit geratene Geschichten entdeckt«, lobte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Jugendlichen im Plenarsaal, bevor er zahlreiche Projekte in Augenschein nahm. //

Wenn sich die Nachwuchshistoriker jährlich Ende November im Parlament zu den Jugendgeschichtstagen treffen, liegen hinter ihnen viele Wochen, oft sogar Monate, in denen sie sich in ihren Heimatregionen auf Spurensuche begeben haben.

Aufgespürt haben die mehr als 240 Jungen und Mädchen auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Begebenheiten und Einzelschicksale, die so in keinem Geschichtsbuch nachzulesen sind.

Kreativität ohne Grenzen

Sie erforschten z. B. die Geschichte der Sprungschanze in Augustusburg, vertonten die Vergangenheit des Zweikronenhauses in Zittau und drehten einen Dokumentarfilm über die Historie der Jugendklubs in Moritzburg, Radeburg und Niederau. Der Kreativität waren dabei keine Grenzen gesetzt: Die Jugendlichen befragten Zeitzeugen, durchforsteten akribisch Heimatarchive, kooperierten mit regionalen Vereinen oder dokumentierten die entdeckten Schätze mit der (Film-) Kamera. Insgesamt 26 Jugendgruppen beteiligten sich 2017 am Programm »Spurensuche« der Sächsischen Jugendstiftung.

Druckerpresse nachgebaut

Mit ganz großem Gepäck reiste z. B. der Görlitzer Verein CaTeDrale an. Zwölf Jugendliche haben unter Anleitung innerhalb von vier Monaten eine funktionstüchtige Druckerpresse mit beweglichen Lettern nach dem Vorbild der Gutenbergschen Erfindung gebaut, die sie nun beim Projekte-Markt im Landtag stolz vorführen. »Wir sind der Frage nachgegangen, wie das Reformationsjahr mit der Erfindung der beweglichen Letter zusammenhängt«, erzählt Projektteilnehmer Niklas Witke. »Außerdem interessierte uns, wieso Johannes Gutenberg vielfach gefeiert und geehrt wurde, während die Kopisten den russischen Erfinder des Buchdrucks Iwan Fjodorow zur gleichen Zeit verfolgten und unterdrückten«, so Niklas weiter. Gemeinsam flammten deutsche und ukrainische Jugendliche das Holz an, verpassten ihm so einen historischen Look und lasierten die Presse, berichtet Jugendsozialarbeiter Enno Deege. Bereits zum siebenten Mal ist der Görlitzer Verein beim Jugendgeschichtstag dabei.



Fotos: T. Schlorke

gibt es überall

13. Jugendgeschichtstag
am 23. und 24. November 2017
im Sächsischen Landtag



»Und auch die Idee für 2018 steht bereits«, verrät Deege im Gespräch. Die Heimreise traten die Görlitzer mit leichtem Gepäck an – die Druckerpresse blieb in Dresden, wo sie aktuell an der Gutenberg-Schule zu sehen ist.

Forscher in luftiger Höhe

Hoch hinaus ging es für junge Spurensucher in Wingendorf. Die Jungen und Mädchen der Jugendfeuerwehr des kleinen Örtchens in der Gemeinde Oederan recherchierten die Geschichte ihres Wappens. Es zeigt eine Fabrik, von der heute nur noch Ruinen stehen. Auf der Suche nach Antworten fotografierten sie die Überbleibsel aus der Vogelperspektive. Mit der Drehleiter der Feuerwehr begaben sie sich dafür in luftige 32 Meter Höhe, berichtet Jugendwart Nico Glöß beim Gespräch im Landtag. Und lösten nebenbei natürlich auch das Rätsel um ihr Wappen. »Wir haben herausgefunden, dass es Anfang der 1990er-Jahre zu Ehren von Max Teichmann entstanden ist. Er war der erste Wehrleiter und mit seiner Fabrik ein großer Unterstützer unserer Feuerwehr«, erzählt Glöß. Dank ihrer »Spurensuche« wissen die Wingendorfer nun genau über die Geschichte des Wappens, das sie auf ihren Uniformen tragen, Bescheid. Und vielleicht, so Glöß weiter, zieht demnächst sogar wieder Leben in die Fabrikrüine ein ...

Die Jugendgeschichtstage setzen sich immer wieder mit wichtigen gesellschaftlichen Themen auseinander. Die Überschrift für das aktuelle Spurensuche-Jahr lautete »Freiheit«. Was bedeutete Freiheit damals? Wie lebt sich Freiheit heute? »Freiheit ist kein Geschenk, sondern muss von jeder Generation aufs Neue verteidigt werden«, erinnerte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Spurensucher im Plenarsaal an ihre Verantwortung. Genügend Gelegenheit, sich über dieses Thema auszutauschen, hatten die Geschichtsforscher bei Workshops, Exkursionen und einem Zeitzeugengespräch, die der eindrucksvollen Präsentation der Forschungsteams auf dem Projekte-Markt vorangegangen waren.

Hintergrund

Die Organisation der Jugendgeschichtstage erfolgt über das Programm »Spurensuche« der Sächsischen Jugendstiftung in Kooperation mit dem Sächsischen Landtag unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten. Die Jugendgeschichtstage werden finanziell unterstützt durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz und im Rahmen des Landesprogramms »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz« gefördert.



www.saechsische-jugendstiftung.de

Katja Ciesluk

»Heimat – Wurzel und Perspektive zugleich«

Ein Tag mit Sebastian Fischer, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft

// Obsthof Ibisch mit Birgit Ibisch (rechts)

// Schweiz, Frankreich, Norwegen, Dänemark, Schweden – was sich liest, wie eine bunte Urlaubsbilanz, steht bei Sebastian Fischer (CDU) in der beruflichen Vita. Bevor er 2009 mit 27 Jahren in den Sächsischen Landtag einzog, kochte sich der Küchenmeister durch Europa und sammelte so jede Menge Lebenserfahrung. Weltoffenheit einerseits und eine unverbrüchlich enge Bindung an und Stolz auf seine sächsische Heimat andererseits – für Sebastian Fischer kein Gegensatz, sondern Charakteristikum seines politischen Engagements. //

Ländliche Räume stärken

Jeder Mensch versteht unter Heimat etwas anderes. Sebastian Fischer verbindet damit den Ort, wo er aufgewachsen ist, wo er seine Wurzeln hat, wo er das dörfliche Leben schätzen lernte: Gävernitz im Landkreis Meißen.

»Das habe ich vor allem durch meine Auslandsaufenthalte erkannt«, erzählt der Abgeordnete auf der Fahrt durch seinen Wahlkreis. Der erstreckt sich im Norden Dresdens von Radeburg über Großenhain bis an die brandenburgische Grenze. Die Region ist überwiegend landwirtschaftlich und ländlich ge-

prägt. Dieser Erfahrungshorizont fließt in Fischers Aufgabe als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft im Sächsischen Landtag ein. »Die Politik muss die ländlichen Räume stärker fördern und langfristige Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen.«

Erste Station des Tages ist ein kleiner Obsthof in Priestewitz. Sebastian Fischer, der quasi um die Ecke lebt, schaut bei Familie Ibisch vorbei. Die Apfelernte ist soeben eingefahren. »Ein gutes Jahr«, berichtet Birgit Ibisch. Einen Großteil des Sortiments, neben Äpfeln vor allem Erdbeeren und Spargel, vermarktet der Hof direkt. Verkauft wird im hofeigenen Bauernladen und auf umliegenden Märkten, auch Restaurants der Region gehören zu den Abnehmern. Ständig sind die Inhaber

auf der Suche nach neuen Vermarktungsideen. 2018 könnte man z. B. ein Spargelfest veranstalten, überlegt Thomas Ibisch laut – wohlwissend, dass er bei dem Landtagsabgeordneten auf offene Ohren stößt und er mit ihm zugleich einen versierten Showkoch fürs Fest an der Hand hat.

Sächsisch kaufen

Landwirtschaft habe auch immer etwas mit Wirtschaften zu tun, am Ende des Tages müssten die Erzeuger von ihrer Arbeit leben können, umreißt Fischer das Spannungsfeld. »Ich wünsche mir, dass die Verbraucher sächsisch kaufen und bereit sind, dafür gutes Geld auszugeben.« In der Pflicht stehe natürlich auch die Politik. »Es ist unsere Aufgabe, die grünen Berufe für junge Menschen wieder attraktiv zu machen.« Der Abbau von Bürokratie sei ein weiterer Baustein, um Landwirten die tägliche Arbeit zu erleichtern. »Viele Fördermittel werden nicht abgerufen, weil der bürokratische Aufwand zu hoch ist«, ärgert sich Fischer.



// Thiendorf: Gespräch mit Dr. Günther Drobisch (Mitte) und Sebastian Tanner (rechts)

Als wir auf dem Geflügelhof Großenhain ankommen, dem größten sächsischen Eierproduzenten, erwartet Seniorchef Christian Riedel bereits den Politiker. Das letzte Treffen der beiden liegt noch keine 24 Stunden zurück. Als Sachverständiger hatte Riedel im Landtag zur Geflügelpest Stellung genommen. Der Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration diskutierte in öffentlicher Anhörung, wie der Schutz von Verbrauchern und das wirtschaftliche Überleben der Geflügelbauern sinnvoll miteinander vereinbart werden können. »Eine wochenlange Stallpflicht bringt Betriebe an den Rand der



// Kompressorenhersteller Boge: Betriebsleiter Matthias Dues (rechts)

Chance, die Argumente seines Gegenübers in seine Überlegungen einzubeziehen.« Er agiert selbst nach dieser Maxime, Gesprächstabus lehnt er ebenso

nach einem zügigen Breitbandausbau im ländlichen Raum tut dies freilich keinen Abbruch. »Eine leistungsstarke Internetanbindung ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen«, betont der Abgeordnete beim Besuch des Kompressorenherstellers Boge in Großenhain. 50 Arbeitsplätze sind hier entstanden, weitere sollen folgen. Damit der Austausch von Konstruktionsdaten mit dem Mutterwerk in Bielefeld problemlos funktioniert, habe man sich letztendlich eine eigene Leitung legen lassen, erzählt Betriebsleiter Matthias Dues beim Rundgang. »Eigentlich wäre dies Aufgabe der Politik gewesen«, meint Fischer, auch mit Blick auf noch freie Gewerbeflächen in der Region, die es zu vermarkten gilt.



Existenz, da der Erlös von Eiern aus Freilandhaltung wegfällt«, hatte Riedel die praktische Auswirkung von Politik aus seiner Sicht erläutert. Behörden und Verbände hätten miteinander reden und nach alternativen Schutzmaßnahmen suchen müssen, anstatt sofort eine landesweite Stallpflicht anzunehmen, sind sich die Gesprächspartner einig.

Miteinander reden

»Die meisten Probleme beruhen auf mangelnder Kommunikation«, knüpft Sebastian Fischer an. »Nur wer sachlich miteinander redet, hat überhaupt die

ab wie »Vorschriften«, mit wem man offiziell nicht reden dürfte. Sebastian Fischer weiß natürlich, dass er damit polarisiert. Seine Positionen vertritt er offensiv und direkt, am liebsten über seine sozialen Medienkanäle. »Ich gehe dorthin, wo mir nicht nur Sympathie entgegen schlägt. Bemerkenswert ist, dass ich damit beiden politischen Lagern – links wie rechts – ein Feindbild liefere.« Regelmäßig schlagen ihm im Netz Empörung und wüste Beschimpfungen entgegen, der Politiker spricht von einer »völlig enthemmten Diskussionskultur«.

Seiner Begeisterung für die sozialen Medien wie auch der vehementen Forderung

Von Glyphosat bis Wolf

Das Themenspektrum, das Sebastian Fischer im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft zu beackern hat, ist groß. Die Konfliktlinien verlaufen selten so eindeutig, wie es auf den ersten Blick scheint. Diskutierte der Abgeordnete gerade noch mit Peter Palm vom Großenhainer Jagdverband über das Bleischrotverbot bei Wassergeflügel und den Umgang mit der steigenden Wolfspopulation, so steht am Nachmittag ein Treffen mit Landwirt Sebastian Tanner im Terminplan. Gemeinsam mit Dr. Günther Drobisch vom Sächsischen Landesbauernverband empfängt dieser uns auf einem seiner Felder in Thiendorf. Die Landwirte nutzen die Chance, um mit ihrem Landtagsabgeordneten aktuelle Probleme zu erörtern – der Bogen spannt sich von der Preisentwicklung im Agrarsektor bis zum heftig diskutierten Einsatz von Glyphosat. Sebastian Fischer hört zu, zeigt Verständnis, wägt ab. »Wenn die Regeln immer schwieriger werden, stirbt die Landwirtschaft«, bilanziert Fischer am späten Nachmittag und macht sich auf den Weg zur Bürgersprechstunde, die an diesem Abend den Arbeitstag des Abgeordneten beschließt.

// Geflügelhof Großenhain mit Christian Riedel (links) // Fotos: S. Floss





Maria Gangloff und Angela Schneider

Wunderschönes Saarland

Ehemalige Abgeordnete bei Schwesternvereinigung

// Landtagsgebäude // Foto: public domain

// Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtages wurde 1994 ins Leben gerufen, um Gemeinsamkeit zu pflegen und die kollektiven und individuellen Erfahrungen und Kenntnisse der Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens im Freistaat Sachsen zur Verfügung zu stellen. Neben ihren Gesprächskreisen und Exkursionen, in denen sie immer wieder aktuelle fachpolitische Themen aufgreift, hält sie Kontakt zu den Schwesternvereinigungen in anderen deutschen Landesparlamenten. //

Mit 32 Teilnehmern brach die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtages e. V. am 20. Mai 2017 zu einer Reise ins Saarland auf – traditionsgemäß zur dortigen Schwesternvereinigung sowie um Land und Leute kennenzulernen. Nur wenige von uns hatten eine genaue Vorstellung vom kleinsten Flächenland Deutschlands.

Nach einer langen Busfahrt mit Zwischenstopp in Wetzlar kamen wir abends in Saarbrücken an. Gleich ging es weiter zum ersten Treff mit den Ehemaligen aus dem Saarländischen Landtag. Im gemütlichen Restaurant »Stiefelbräu« genossen wir die unbekannte, aber sehr schmackhafte saarländische Küche und konnten Erfahrungen über die jeweiligen Landtage austauschen.

Am Sonntag, dem 21. Mai, ging es zur »Völklinger Hütte«, dem Europäischen Zentrum für Kunst und Industriekultur und seit 1994 UNESCO-Weltkulturerbe. Im einstigen Land von Kohle und Stahl war der Besuch der 1873 gegründeten gigantischen Hüttenanlage Pflicht. Deren Größe, die technischen Anlagen und die Ingenieurskunst des 20. Jahrhunderts faszinierten uns. Zur Blütezeit Mitte der 1960er-Jahre

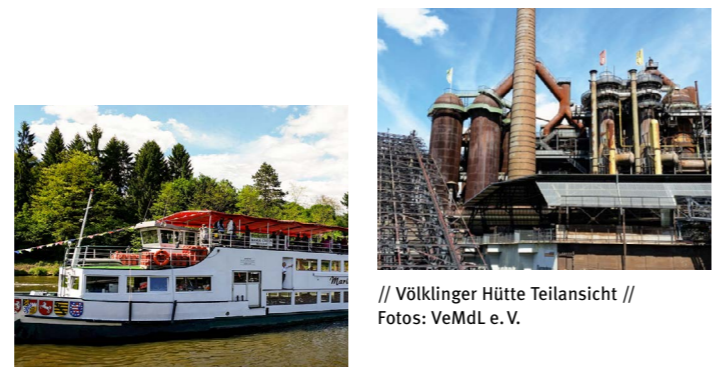
arbeiteten dort mehr als 17000 Menschen unter Bedingungen schwerster körperlicher Arbeit, Dreck und Lärm in unvorstellbarem Ausmaß. Die Stadt Völklingen war praktisch »Teil der Hütte«. Umweltschutz? Fehlangelegenheit! Ein Großteil der Einwohner arbeitete dort, das gesamte Leben war von der Hütte beeinflusst.

In Sachsen haben wir mit dem Sächsischen Industriemuseum etwas Ähnliches zu bieten, mit vier Standorten zur sächsischen Industriegeschichte, darunter die Energiefabrik Knappenrode. Die »Montan- und Kulturlandschaft Erzgebirge« hat es bereits in die »Vorläufige Liste Deutschlands für die Aufnahme in die Welterbeliste der UNESCO« geschafft. Es gibt also durchaus Parallelen zum Saarland.

Nachmittags stand ein weiteres Highlight auf unserem Programm, das »Erlebniszentrum Villeroy & Boch« in Mettlach. Im historischen Ambiente der Alten Abtei wurden uns die lange Unternehmensgeschichte der Familien Villeroy und Boch und die bis heute viel gefragten Erzeugnisse nahegebracht.

Am letzten Reisetag führte uns zunächst ein Stadtrundgang durch Saarbrücken. Dabei erfuhren wir viel über die Historie und die schöne Architektur der Innenstadt. Danach empfingen uns die Ehemaligen und Landtagspräsident Klaus Meiser sehr herzlich im Saarländischen Landtag. Angesichts der Größe des Plenarsaales – 51 Abgeordnete machen hier Politik – fühlten wir uns wie in einem »Wohnzimmer«. Aber vielleicht ist weniger manchmal mehr – wer weiß? Der Abend klang bei gutem Essen und herrlichem Saar- und Mosel-Wein aus. Wir schwelgten in unseren Eindrücken und Erlebnissen. Reisen bildet und verbindet bekanntlich. Für alle Teilnehmer war diese Reise ein großes Erlebnis im wunderschönen Saarland!

// VeMdl e. V. mit Ehemaligen aus dem Saarländischen Landtag und Landtagspräsident Meiser // Foto: VeMdl e. V.



// Völklinger Hütte Teilansicht // Fotos: VeMdl e. V.



500 Jahre Reformation

// Vom 24. November 2017 bis 5. Januar 2018 wurde im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »500 Jahre Reformation. Sachsen · Oberlausitz · Schlesien« gezeigt, die sich den unterschiedlichen Aspekten, Verläufen und Auswirkungen der Reformationsgeschichte in den drei Regionen seit dem Jahr 1517 widmet. //

Foto: G. Moreno



Fotos: G. Moreno



Katja Margarethe Mieth

500 Jahre Reformation. Sachsen · Oberlausitz · Schlesien



www.museumswesen.smwk.de

// Die Ausstellung »500 Jahre Reformation. Sachsen · Oberlausitz · Schlesien« der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen an den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden entstand in Kooperation mit den Städtischen Museen Zittau, dem Schlesischen Museum zu Görlitz sowie dem Sächsischen Lutherweg, vertreten durch den Tourismusverband Sächsisches Burgen- und Heide- und Heideland e. V. – sie war vom 24. November 2017 bis 5. Januar 2018 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags zu sehen. //

In seiner Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Ausstellung am 23. November 2017 hielt der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, für die ökumenischen Aktivitäten im Lutherjahr 2017 resümierend fest, dass sich »der überkonfessionelle und interreligiöse Dialog im Freistaat Sachsen bereits gegenwärtig auf einem guten Wege befindet« und »dass diese Tradition der Auseinandersetzung mit unserer religiösen Geschichte jetzt mit der Ausstellung »500 Jahre Reformation. Sachsen · Oberlausitz · Schlesien« fortgesetzt wird.«

Die Sächsische Landesstelle für Museumswesen hat mit Blick auf das 500. Reformationsjubiläum zahlreiche Museen und ihre Aktivitäten zur Lutherdekade unterstützt und begleitet.

Da sich viele Menschen nach dem Reformationsfest am 31. Oktober 2017 gefragt haben, was von den zahlreichen Initiativen und Aktivitäten bleibt, nahm die Ausstellung vor allem diejenigen Orte, Sammlungen und Ausstellungsprojekte in den Fokus, die über das Lutherjahr hinaus von den verschiedenen Facetten der Reformationsgeschichte erzählen. Einige dieser Häuser liegen an dem im Rahmen der Lutherdekade neu geschaffenen Lutherweg, dessen sächsischer Teil anhand einer großen Karte und der Präsentation ausgewählter Orte näher vorgestellt wurde. Ein Heft zum Mitnehmen weist die Wege zu den neu gestalteten Ausstellungen in Torgau – hier zu Kurfürst Johann Friedrich dem Großmütigen und Torgau als Residenz auf Schloss Hartenfels sowie zu Katharina Luther im Priesterhaus –, aber auch zu Präsentationen im Schloss Rochlitz, in Leipzig, Leisnig und Kamenz.



// Katja Margarethe Mieth, Direktorin der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen

// Dr. Matthias Rößler



// Thomas Mauermann, Hauptamtsleiter der Stadt Zittau

Die Vielfalt der Reformation

Die Ausstellung zeigte, wie unterschiedlich Reformationsgeschichte in den verschiedenen Teilen Sachsens sowie der Oberlausitz verlief – auch im Vergleich zum damaligen Nachbarland Schlesien. Die vom Schlesischen Museum zu Görlitz gemeinsam mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa entwickelte Wanderausstellung zum Thema »500 Jahre evangelisches Leben in Schlesien« bereicherte die Präsentation um viele Informationen zu den Besonderheiten der Reformationsgeschichte und deren Folgen für die Geschichte Schlesiens. In der Oberlausitz wiederum verlief die Reformation »ganz

anders«, weshalb sich eine große Sonderausstellung in Zittau mit den Besonderheiten im sogenannten »Land der Toleranz« beschäftigt hat. Die Entwicklung der Oberlausitz war seit 1346 stark vom Sechsstädtebund geprägt. Anders als in den benachbarten Territorien wurde die Reformation hier nicht vom Landesherrn durchgesetzt. Ein Nebeneinander von katholischen Frauenklöstern und protestantisch geprägten Städten wurde möglich.

In der Sechsstadt Zittau hat sich zudem ein einzigartiges Konvolut von Epitaphien aus nachreformatorischer Zeit erhalten. Dieser zukünftig auf Dauer in der Klosterkirche präsentierte, seit 2013 aufwendig restaurierte Zittauer Epitaphienschatz war auch präsent. Unter dem Titel »Hoffen. Protzen. Trauern. Der Zittauer Epitaphienschatz« hat das Zittauer Museum eine Wanderausstellung entwickelt.

Geteiltes Herrschaftsgebiet

Für das Gebiet des Freistaates Sachsen gestaltete sich die Reformationszeit nicht weniger kompliziert, denn die wettinischen Brüder Ernst und Albrecht hatten 1485 ihr Herrschaftsgebiet geteilt. Die Kurwürde blieb bei Ernst, dem älteren Bruder. Aus der sogenannten »Leipziger Teilung« gingen das ernestinische Kurfürstentum Sachsen mit Wittenberg als neuem Universitätsstandort und Torgau sowie das albertinische Herzogtum Sachsen, dessen Residenz Dresden wurde, hervor. Diese Teilung hatte langfristige Folgen. So wurde das im ernestinischen Herrschaftsgebiet liegende Zwickau zu einem frühen Ort der Reformation und der Kurfürst Friedrich der Weise zum Schutzherrn Luthers, während in Leipzig die Reformation erst 1539 eingeführt wurde. Eine besondere Rolle kam Moritz, Herzog von Sachsen, zu. Er wollte die Kurfürstenwürde erlangen und die beiden sächsischen Fürstentümer wieder vereinen. Im Schmalkaldischen Krieg 1546/47 kämpfte er an der Seite Kaiser Karls V. gegen seine ernestinischen und hessischen Verwandten. Nach der Niederlage Kurfürst Johann Friedrichs in der Schlacht bei Mühlberg wurde Moritz die Kurwürde übertragen. Bald darauf stellte sich Kurfürst

Moritz an die Spitze der protestantischen Reichsstände. 1552 handelte er mit dem Bruder Kaiser Karls V., König Ferdinand I., den Passauer Vertrag aus und wurde zum Wegbereiter der Anerkennung der Protestanten im Reich.

Anschaulich wurden Akteure, Geschichten und Schauplätze der Reformation anhand ausgewählter Bilder von Originalzeugnissen dargestellt, die dauerhaft in Sachsens Museen und Sammlungen bewahrt und gezeigt werden. Dazu zählen nicht nur die eindrucksvollen Porträts aus Cranachs Wittenberger Werkstatt, wertvolle Buchdrucke oder Altar- und Epitaphienbilder, sondern auch die in der neuen Dauerausstellung der Rüstkammer der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden unter dem Titel »Macht und Mode. Auf dem Weg zur Kurfürstenmacht« präsentierte Harnische oder der von Kaiser Karl V. erbeutete Mantel.

Für die Vermittlung der Reformationsgeschichte an Kinder und Jugendliche haben viele Museen gute Ideen entwickelt – vom Puzzlespiel der Torgauer Akteure bis hin zu einer ganzen Epitaphienwand. Spätestens 2017 wurde Luther deutschlandweit zur Kultfigur, ganz gleich ob als Playmobiledition, auf Flip-Flops oder als Badeente. Auch diese Facetten sprach die Präsentation an. Und in Sachsen dürfen Martin Luther und seine Frau Katharina als Räuchermann und -frau – echt Erzgebirge natürlich – nicht fehlen.



Josef Matzerath

»aus unmittelbarem Miterleben«

Eine liberale und eine sozialdemokratische Lesart der Landtagsgeschichte 1850–1900

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Von den Ehemaligen sei er wahrscheinlich der »älteste sächsische Landtagsabgeordnete«, schrieb Karl Biedermann am 2. Mai 1900 im Leipziger Tageblatt und Anzeiger. Der nationalliberale Professor für Staatswissenschaft und Philosophie hatte seine Karriere als Politiker im Frühjahr 1848 begonnen. Er verfasste im März des Revolutionsjahres eine Adresse des Leipziger Magistrats und der Stadtverordneten an den sächsischen König, um Pressefreiheit und die Einberufung eines Parlaments für ganz Deutschland zu fordern. Biedermann gehörte später auch der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche an und trug im Auftrag dieses Parlaments mit einer Delegation von Abgeordneten dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone an. Als die Revolution in Deutschland auf der parlamentarischen Ebene scheiterte, ließ Biedermann sich im September 1849 in die Zweite Kammer des sächsischen Landtags wählen. Er war dort der Wortführer der Liberalen, die für einen deutschen Nationalstaat

unter Führung Preußens und ohne Österreich plädierten. Diesen Landtag löste die Regierung durch einen Staatsstreich auf. Da Sachsens Regierung unter der Ägide des Ministers Ferdinand von Beust sich ab 1850 von Preußen abwandte und versuchte, im Anschluss an Habsburg mehr Selbstständigkeit zu erlangen, gerieten die Nationalliberalen ins politische Abseits. Auch Biedermann verlor seinen Sitz im Landtag. Erst nachdem von Beust aufgrund des Krieges, den Sachsen gegen Preußen verlor, seinen Ministerposten einbüßte, konnte nach Biedermanns Erinnerung sich »der Liberalismus im Lande« gegen den »reactionären Druck« durchsetzen. Die Liberalen errangen bei den Wahlen 1868 eine breite Mehrheit in der Zweiten Kammer und nutzten die Chance für einen Neubeginn. Auch Biedermann nahm erneut von 1869 bis 1877 im Unterhaus des sächsischen Parlaments Platz.

Die liberale Interpretation

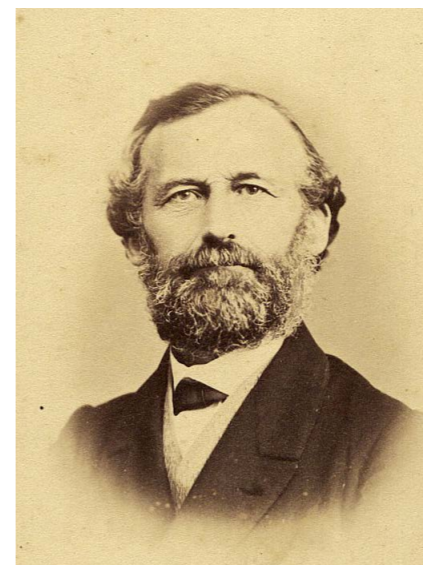
Nach dem Abgang des Ministers von Beust folgte nach Biedermanns Interpretation eine Phase der Landtagsgeschichte, in der eine Reformgesetzgebung die schlimmsten Übel der überwundenen Rückwärtsgewandtheit beseitigte. Die Gemeinden erhielten mehr Selbstbestimmungsrechte, die Schulen wurden nicht mehr Geistlichen, sondern staatlichen Beamten unterstellt und die Presse war von der Zensur befreit. Damit erkämpften laut Biedermann die Liberalen der individuellen und ökonomischen Entfaltung den erforderlichen Raum gegen die Hinhaltetaktik der Konservativen. Als das erreicht war, konnte daher aus dieser Sichtweise eine Ruhephase der Entwicklung eintreten. Erst als die Sozialdemokratie in der Zweiten Kammer immer stärker geworden sei, meinte Biedermann, hätten sich die politischen Konstellationen verschoben, unter denen Konservative und Liberale im Landtag untereinander Kompromisse aushandeln konnten. Um die

neue politische Kraft zu marginalisieren, ihre Forderungen latent zu halten und die selbst geschaffenen gesellschaftlichen Bedingungen zu bewahren, sahen sich die bislang dominanten Parteien berechtigt, das Wahlrecht zu ändern. Sie führten das Dreiklassenwahlrecht ein, das die Sozialdemokraten aus der Zweiten Kammer des Landtags verdrängte, obwohl sie die meisten Wähler hatten.

Der blinde Fleck der heutigen Geschichtsschreibung

Wer heute historische Darstellungen über die sächsischen Landtage im Kaiserreich liest, der wird vor allem mit den Debatten um die Wahlrechtsänderungen vom Zensuswahlrecht 1868 über das Dreiklassenwahlrecht 1896 bis hin zum Pluralwahlrecht 1909 bekannt gemacht. Diese Auseinandersetzungen waren für den Alltag des Zweikammerparlaments aber wenig charakteristisch. Seitdem durch Sachsens Beitritt zum Norddeutschen Bund (1866) und später durch

// Karl Biedermann (1812–1901), Mitbegründer und leitender Kopf der Nationalliberalen in Sachsen. // SLUB/Deutsche Fotothek



die Zugehörigkeit zum Kaiserreich (1871) viele Gesetzgebungskompetenzen an den Reichstag bzw. den Bundesrat übergegangen waren, bestimmten die Debatten des sächsischen Landtags vor allem die Etatberatungen für das Königreich Sachsen, die Steuererhebung und Gemeindefinanzierung. Weitere wichtige Debatten drehten sich um die Verwaltungs- und Justizreformen innerhalb des Bundesstaates, die Novellierung der sächsischen Städte- und Landgemeindeordnung, die Gehalts- und Pensionsverhältnisse im Königreich sowie vor allem den Eisenbahnbau.

Dass der Neu- und Ausbau von Eisenbahnstrecken, Bahnhöfen und Haltestellen als zeitgenössisch bedeutendste Investition in die Infrastruktur des Landes auf breites öffentliches Interesse stieß, belegt eine Vielzahl von Petitionen, die zu diesen Fragen bei jedem Landtag eingingen. Weil eine neue Strecke für einen Wahlkreis, der ans Schienennetz angeschlossen wurde, wirtschaftliches Wachstum bedeutete, votierten die Kammermitglieder bei den Parlamentsverhandlungen über den Bau von Eisenbahnstrecken weniger nach politisch-weltanschaulichen Lagern, sondern mehr als

Protagonisten ihrer jeweiligen Herkunftsregion. Zeitgenössisch konkurrierten bereits mehrere Deutungsweisen um die Arbeit des sächsischen Landtags und auch um die Einschätzung der Wahlrechtsänderungen für die Zweite Kammer. Karl Biedermann vertrat die liberale Perspektive. Er konstatierte eine gesellschaftliche Entfesselung nach dem Ende der Ära von Beust, die durch Pressefreiheit, Säkularisierung der Schulen, Gemeindegeldverwaltung, Ausbau der Infrastruktur etc. auf Sachsens fortschrittliche Entwicklung setzte.

Die sozialdemokratische Interpretation

Aus der Perspektive der Sozialdemokratie, wie sie Emil Nitzsche, ein gelernter Schlosser und Funktionär der SPD, einnahm, sahen viele gesellschaftliche Sinnsetzungen, die der konservativen oder liberalen Weltanschauung entsprachen, grundlegend anders aus. Als er im Jahr 1909 anlässlich der Landtagswahl einen Artikel »Die sächsische Politik der letzten Jahre« schrieb, klagte er über die unzähligen »Schandtatzen, die Konservative und Nationalliberale in den letzten Jahrzeh-



// Emil Nitzsche (1869–1931), sozialdemokratischer Zeitungsredakteur, 1909–1923 MdL in Sachsen. Nitzsche war von Januar bis Oktober 1919 Finanzminister des Freistaates Sachsen. // SLUB/Deutsche Fotothek

ten am sächsischen Volke begangen« hätten: »Der Wahlrechtsraub [gemeint ist das sächsische Dreiklassenwahlrecht], die Beschneidung des Versammlungsrechts, die maßlosen Verletzungen der organisierten Arbeiter durch die Polizei, die immer die Billigung der bürgerlichen Landtagsmehrheit gefunden haben, die Vernachlässigung der Schule, die kulturfeindliche Sparmethode, die sich als Folge einer unverantwortlichen Finanzpolitik ergeben hat, die abermalige Wahlentrichtung des Volkes [gemeint ist das sächsische Dreiklassenwahlrecht] und vieles andere kennzeichnen die Spuren der Herrschaft in Sachsen.«

Obwohl auch die liberale Interpretation der sächsischen Parlamentsgeschichte durchaus heute aktuellen Politikkonzepten entspricht, beziehen sich viele heutige Historiker ausschließlich auf die sozialdemokratische Lesart, die gleiches Wahlrecht für alle erwachsenen Männer und Frauen als zentrales Kriterium für den Entwicklungsstand Sachsens annimmt. Ein gleiches Wahlrecht hätte für die Mehrheit der Niedrigrangigen, deren Interessen die SPD vertreten wollte, einen wesentlich höheren Einfluss auf die Politik gestattet. Aber auch andere

bestehende Gesetze verhindern aus sozialdemokratischer Perspektive die Chancengleichheit in der Gesellschaft. Daher votierte die SPD zu Zeiten des Kaiserreichs auch gegen markt-wirtschaftliche Bedingungen, die nach ihrer damaligen Einschätzung zulasten der Arbeiter und kleinen Handwerker gingen. Dass die Sozialdemokraten die wahrrechtliche Gleichstellung Staatsbürger forderten und sich für das Frauenwahlrecht einsetzten, erscheint aus heutiger Sicht nur selbstverständlich. Denn das Kaiserreich wird von vielen Historikern weiterhin und zumeist unausgesprochen an Wahlrechtsstandards des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts gemessen, die selbst in so unterschiedlichen politischen Staatsformen wie der Weimarer Republik, SBZ/DDR und Bundesrepublik Deutschland galten: gleiches Gewicht für jede Stimme, sowohl von Männern als auch von Frauen.

Vor dieser Kulisse gerät die liberale Sichtweise auf Sachsens Entwicklung der Jahre 1866 bis 1918 in Vergessenheit, obwohl auch sie eine Fortschritts-geschichte zu bieten hat und auf Standards verweist, die heute selbstverständlich sind.

Görlitz – Auferstehung eines Denkmals

Am 16. Januar 2018, 18 Uhr, eröffnet Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler mit einer Vernissage die Ausstellung »Görlitz – Auferstehung eines Denkmals« im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags. Die Ausstellung der Stadt Görlitz zeigt großformatige Fotografien des Dresdner Fotografen Prof. Jörg Schöner, mit denen er die herausragende Bausubstanz der Stadt über vier Jahrzehnte dokumentiert. Die Fotografien stellen das Gestern und Heute markant nebeneinander und künden vom einstigen Verfall und dem stolzen Wiedererblühen der Stadt. Die Präsentation ist bis zum 16. Februar 2018 von Montag bis Freitag 10 bis 18 Uhr zu sehen.



Foto: Landtag

Landtag wählt Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes

Der Landtag hat zu Beginn der Plenarsitzung am 14. Dezember 2017 Mitglieder des sächsischen Verfassungsgerichtshofes gewählt: Simone Herberger, Vorsitzende Richterin am Landgericht, als berufsrichterliches Mitglied sowie Susanne Luderer als stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofes. Der Verfassungsgerichtshof wacht über die Einhaltung der Sächsischen Verfassung und kontrolliert das Handeln der Staatsregierung und des Landtags. Die Verfassungsrichter sind mit Zweidrittelmehrheit für neun Jahre gewählt.



Foto: S. Floss

Abgeordnete bedanken sich mit Weihnachtsmusik bei Mitarbeitern

Eine schöne Tradition: Abgeordnete des Sächsischen Landtags haben am 14. Dezember 2017 fraktionsübergreifende musikalische Weihnachtsgrüße im Sächsischen Landtag überbracht. Im Altbaufoyer des Parlamentes stimmten sie am letzten Plenartag 2017 mit einem kleinen Weihnachtskonzert auf das bevorstehende Fest ein und bedankten sich bei den Mitarbeitern des Landtags für die geleistete Arbeit.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshmtl



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

31.01. – 01.02.2018
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:
14. – 15.03.2018
25. – 26.04.2018

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AFD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Werbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 15.12.2017
Gastautoren: Markus Guffler, Sächsischer Landtag; Josef Matzerath, TU Dresden, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Katja Margarethe Mieth, Sächsische Landesstelle für Museumswesen, 09111 Chemnitz; Maria Gangloff, Angela Schneider, Vereinigung ehemalige Mitglieder des Sächsischen Landtags, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.